

Ein missbräuchlicher Konkurs darf sich nicht lohnen

Strukturkriminalität ist im Kanton Solothurn längst keine abstrakte Grösse mehr. Sie zeigt sich dort, wo Märkte eigentlich fair funktionieren sollten: bei Löhnen, Abgaben – und zunehmend auch bei Konkursen. Der Kanton selbst hält in seinem Strategiepapier 2025 zur Strukturkriminalität unmissverständlich fest, dass der gezielte Missbrauch der liberalen Wirtschaftsordnung System angenommen hat. Missbräuchliche Konkurse werden dabei explizit als Teil dieser Entwicklung bezeichnet, nicht als bedauerliche Einzelfälle, sondern als organisierte, wiederkehrende Praxis.

Text: Sarah Koch, Geschäftsleiterin KGV SO | Grafik: zvg

Das Strategiepapier der Solothurner Regierung zur Strukturkriminalität, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, spricht von einer gewerbsmässigen «Entsorgung» von Firmen. Unternehmen werden gezielt in den Konkurs geführt, Vermögenwerte verschoben und Forderungen von Lieferanten, Sozialwerken und der öffentlichen Hand umgangen. Häufig folgt eine Neugründung unter leicht veränderten Namen oder an einem anderen Sitz. Der wirtschaftliche Schaden solcher Konkurse geht in die Millionen. Besonders problematisch ist die klare Feststellung, dass gesetzeskonform arbeitende Unternehmen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, während sich rechtswidriges Verhalten wirtschaftlich lohnt.

Parlamentarierfrühstück der PG W + G zum Thema «Missbräuchliche Konkurse»

Vor diesem Hintergrund ist der missbräuchliche Konkurs nicht nur ein juristisches oder administratives Problem, sondern eine ernsthafte Bedrohung für faire Marktbedingungen, das lokale Gewerbe und den Wirtschaftsstandort. Dieser Problematik widmete sich das Parlamentarierfrühstück der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe (PG W + G) Ende des vergangenen Jahres. Fachpersonen aus der Initiative «Flow» zeigten auf, wie sich missbräuchliche Konkurse in der Praxis manifestieren, und gaben Einblick in aktuelle Erkenntnisse sowie die neusten Entwicklungen im Vollzug. Staatsanwalt Domenic Fässler zeigte in seinem Referat auf, dass missbräuchliche Konkurse klar er-

kennbare Muster aufweisen: Gesellschaften mit nur einem Organ, fehlende oder mangelhafte Buchhaltung sowie systema-

INITIATIVE «FLOW»

Die Initiative «Flow» ist ein zentrales Instrument des Kantons Solothurn zur Bekämpfung von missbräuchlichen Konkursen und Konkursverschleppung. Sie koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Konkursamt, Staatsanwaltschaft, Polizei, Sozialversicherungen, Handelsregister sowie dem Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Die Initiative «Flow» entstand nach einem ersten Round Table im Jahr 2018, nachdem festgestellt worden war, dass Firmen systematisch – insbesondere öffentlich-rechtliche Forderungen – nicht begleichen, um trotz fehlender Liquidität weiterzuwirtschaften und den Konkurs hinauszuschieben. Ziel ist es, Informationen zu bündeln, verdächtige Muster frühzeitig zu erkennen und konsequent zu handeln. Die bisherigen Erfahrungen zeigen Wirkung: Die Sensibilität bei den beteiligten Stellen ist gestiegen, der Vollzug wurde geschärft und die Hürden für Missbrauch erhöht.

«Missbräuchliche Konkurse folgen klaren Mustern: fehlende Buchhaltung, unbezahlte öffentlich-rechtliche Forderungen und künstlich tief kalkulierte Preise. Das verzerrt den Wettbewerb massiv zulasten korrekt arbeitender KMU.»

Domenic Fässler, Staatsanwalt Kanton Solothurn

tisch nicht beglichene Forderungen von Steuerbehörde, Ausgleichskassen oder der SUVA. Solche Konstrukte ermöglichen es, Kosten zu umgehen und Angebote zu unterbieten – zulasten jener Betriebe, die ihre Pflichten korrekt erfüllen.

Wo steht der Kanton Solothurn aktuell (Statistik und Vollzug)?

Der Kanton Solothurn verfolgt missbräuchliche Konkurse seit mehreren Jahren konsequent und koordiniert. Ein zentraler Pfeiler ist die seit 2018 bestehende behördenübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative «Flow». Firmen, die ihren Sitz in den Kanton Solothurn verlegen wollen, werden bereits beim Handelsregister geprüft; bei Verdachtsmomenten wird eine Zwischenbilanz eingefordert. Misswirtschaft und Konkursverschleppung werden konsequent verfolgt.

Das zeigt in der Statistik Wirkung: Die Zahl der Strafverfahren wegen Misswirtschaft und Konkursverschleppung ist zwischen 2015 und 2022 tendenziell angestiegen, in den Jahren 2023 und 2024 jedoch deutlich rückläufig. Es besteht die begründete Hoffnung, dass sich der konsequente Vollzug im Kanton Solothurn herumgesprochen

«Sobald Hinweise auf Misswirtschaft oder Konkursverschleppung vorliegen, erstattet das Konkursamt konsequent Strafanzeige. Die Gesetzesänderung zeigt Wirkung – problematische Strukturen werden früher beendet.»

Martin Schmalz, Leiter Konkursamt Solothurn

hat und missbräuchlich agierende Firmen den Standort zunehmend meiden. Zusätzliche Wirkung entfaltet die seit 2025 geltende Gesetzesänderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG), wonach öffentlich-rechtliche Gläubiger ihre Forderungen neu auf Konkurs betreiben müssen. Problematische Firmenstrukturen werden dadurch früher beendet und Konkursverschleppung wirksamer bekämpft. Die Zahlen bestätigen dies: Die Zahl der vollstreckten Konkurse im Kanton Solothurn ist deutlich angestiegen (s. Grafik unten).

Wo besteht Handlungsbedarf?

Der missbräuchliche Konkurs ist nur ein Teil der Schattenwirtschaft. Umso wichti-

ger ist es, das gemeinsame und koordinierte Vorgehen auch über die Kantonsgrenzen hinaus weiter zu stärken. Dabei kommt den Branchenverbänden eine zentrale Rolle zu. Insbesondere das Subunternehmertum lässt nach wie vor zu viele Türen für Missbrauch offen.

Das Fazit der Veranstaltung ist klar: Es braucht konsequenten Vollzug, enge Zusammenarbeit und ausreichende Ressourcen. Strukturkriminalität – und damit auch der missbräuchliche Konkurs – darf sich nicht lohnen. Nur so lassen sich rechtschaffene KMU schützen und faire Wettbewerbsbedingungen dauerhaft sichern. ■

PARLAMENTARISCHE GRUPPE WIRTSCHAFT + GEWERBE (PG W + G)

Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Kantonsrätinnen und Kantonsräten des Kantons Solothurn. Sie setzt sich für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen, faire Wettbewerbsbedingungen und eine starke Stellung von KMU und Gewerbe ein.

Die PG W + G versteht sich als Plattform für den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Vollzugsbehörden. Sie greift wirtschaftspolitisch relevante Themen auf, diskutiert diese mit Fachpersonen und bringt praxisnahe Erkenntnisse in den politischen Prozess ein. Ziel ist es, frühzeitig auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und lösungsorientierte Impulse für Gesetzgebung und Vollzug zu geben.

«Seit 2025 können öffentlich-rechtliche Forderungen auf Konkurs betrieben werden. Ich gehe davon aus, dass dadurch die Konkursverschleppung weiter eingedämmt wird.»

Kilian Bärtschi, Leiter SUVA Solothurn

Konkurse im Kanton Solothurn (AG, GmbH etc.)

